

5. Standesinitiative zur Sicherung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen

KSSG Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 27. September 2022 zur parlamentarischen Initiative Jeannette Büsser
KR-Nr. 172/2020

Roman Schmid (SVP, Opfikon), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 8 zu 7 Stimmen, die parlamentarische Initiative von Jeannette Büsser betreffend Standesinitiative zur Sicherung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen abzulehnen. Mit dieser PI wird verlangt, dass die Verantwortung und die Kompetenz zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit wichtigen Arzneimitteln vom Bund übernommen und entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Die KSSG hat neben der Erstinitiantin die Geschäftsstelle «Heilmittel» vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung, die Kantonsapotheke und pharmaSuisse (*Schweizer Apothekerverband*) angehört.

Laut Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung, das sogenannte Landesversorgungsgesetz, und der Bundesverfassung ist der Bund zuständig für Versorgungsstörungen von Gütern, wenn es um die wirtschaftlichen Aspekte geht. Das Gesundheitswesen hingegen liegt in der kantonalen Verantwortung. Der Bund kann Firmen bis zu einem gewissen Grad zum Halten von Pflichtlagern verpflichten, solange das wirtschaftlich tragbar ist, nicht aber die Spitäler, weil er gegenüber den Spitälern nicht weisungsbefugt ist. In Bundesbern wurden bereits diverse Vorstösse im Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Wirkstoffen eingereicht. Die Mehrheit der Kommission sieht deshalb keine Notwendigkeit für die Einreichung einer Standesinitiative aus dem Kanton Zürich. Das Thema ist beim Bund sowohl in der Gesetzgebung als auch bei effektiven Versorgungsüberlegungen aufgenommen worden. Eine Minderheit sieht einen dringend notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf, da die Zuständigkeit für die Versorgung mit Arzneimitteln bei den Kantonen liegt und der Bund nur über beschränkte Kompetenzen in eng umschriebenen Teilbereichen verfügt. Namens der KSSG bitte ich Sie, die PI abzulehnen.

I.

Minderheitsantrag von Jeannette Büsser, Andreas Daurù, Hanspeter Göldi (in Vertretung von Esther Straub), Florian Heer, Claudia Hollenstein, Thomas Marthaler und Mark Wisskirchen:

Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 172/2020 von Jeannette Büsser wird geändert, und der Regierungsrat wird beauftragt, nachfolgende Standesinitiative beim Bund einzureichen.

Art. 102 Abs. 1 der Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt und präzisiert:

«Der Bund stellt die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicher für den Fall machtpolitischer oder kriegerischer Bedrohungen sowie in schweren Mangellagen und Krisen, denen die Wirtschaft nicht selbst zu begegnen vermag. Er sichert insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten und Wirkstoffen. Er trifft vorsorgliche Massnahmen.»

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Vielleicht ist es Ihnen schon mal passiert, dass Sie in die Apotheke gingen und das Medikament, welches Sie benötigten, nicht lieferbar war. Aktuell fehlen uns mehr als 1000 rezeptpflichtige Medikamente, 2016 waren es 500. Das führt zu schwerwiegenden Problemen in der Behandlung, vor allem auch von Kindern und chronisch Kranken.

Dass die Versorgung problematisch ist, bestreitet heute wohl niemand mehr. Dies war im Mai 2020, als wir Grünen die PI einreichten, noch anders. In der Kommission zeichnete sich sehr schnell ab, dass sich unsere Forderung ohne inhaltliche Verluste auch auf Gesetzesstufe umsetzen lässt. So wurde eine entsprechend abgeänderte PI mit grosser Mehrheit an die Regierung überwiesen. Wir setzten uns in der Kommission intensiv mit dem Thema auseinander. Die Einschätzung der Gäste aus Bundesbern und Pharma lassen keinen anderen Schluss zu: Wir befinden uns in einer sehr ungemütlichen Lage.

Die Problematik nimmt gleichzeitig mit unserer extremen Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten aus China zu. Zwei Drittel unserer Produkte kommen von maximal zwei Lieferanten aus China. Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung ist nur zuständig für lebenswichtige Medikamente. Dies möchte ich nochmals speziell an die Adresse unserer Regierung und der FDP betonen, welche diese wichtige Unterscheidung zwischen lebenswichtigen und wichtigen Medikamenten – absichtlich oder nicht – unter den Tisch fallen lassen. Lebenswichtig sind zirka 100 Wirkstoffe und Medikamente. Das BWL (*Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung*) sichert die Versorgung erschreckend eingleisig mit Logistik und Pflichtlager. Sind diese leer – und in den meisten Fällen ist dies nach drei Monaten ohne Nachschub der Fall –, dann sind sie leer. Diese Lockerheit erklärt sich vielleicht auch dadurch, dass das BWL ein Zusammenschluss aus rund 250 nebenamtlich tätigen Kaderleuten aus der Wirtschaft ist. Das Pharmaland Schweiz hat die Produktion komplett ausgelagert – Profit vor Sicherheit. Die Gesundheitsdirektion setzte alles daran, der Kommission zu zeigen, wie aktiv man national ist. Dort wie hier wurde immer wieder auf einen Bericht aus dem Bundesamt für Gesundheit verwiesen. Dieser erschien dann am 1. Februar 2022; sein Titel lautete «Versorgungsengpässe mit human Arzneimittel in der Schweiz – Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmassnahmen». Eine Empfehlung daraus ist für diese Initiative jetzt zentral: Die Verfasser kommen zum Schluss, dass die Zuständigkeiten für eine sichere und geordnete Versorgung neu geregelt und dafür gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen. Etwas salopper ausgedrückt: Es macht im 21. Jahrhundert einfach keinen Sinn, dass die Kantone zuständig sind für die Versorgung mit wichtigen Medikamenten. Die

vorliegende Standesinitiative ist heute die politische Aufforderung aus dem Kanton Zürich, diese Empfehlung effektiv umzusetzen. Damit unterscheidet sie sich wesentlich von der erwähnten Standesinitiative aus dem Aargau, welche den Schwerpunkt nicht in der Zuständigkeitsregelung, sondern in der Versorgungssicherheit hatte.

Der Vizepräsident des Apothekerverbandes pharmaSuisse, Enea Martinelli, hat kürzlich im Gespräch mit Tamedia (*Schweizer Verlagshaus*) eine Volksinitiative angekündigt. Darin fordert er, dass die Kantone nicht weiterhin zuständig für die Versorgung mit Medikamenten sein sollen. Heute könnte dieser Rat also dem Volk eine Abstimmung ersparen und den Kanton von einer Aufgabe befreien, welche er sowieso nicht wahrnimmt.

Die FDP findet diesen Vorstoss komplett unnötig, wobei zumindest ein Mitglied die Problematik dennoch extrem findet. Die Anfrage von Bettina Balmer vom 6. Februar 2023 (*KR-Nr. 49/2023*) betreffend besorgniserregende Zuständen in der Pädiatrie durch fehlende Medikamente spricht eine deutliche Sprache. Vielleicht wäre sie die bessere Beraterin ihrer Partei in dieser Angelegenheit, als die Kaderleute aus dem BWL. Nur, auch sie geht weiterhin davon aus, dass der Bund sowieso zuständig sei und fragt darum Folgendes, Bettina, ich zitiere dich: «Kann sich der Regierungsrat erklären, warum die Versorgung mit grundlegenden Medikamenten von Kanton zu Kanton verschieden ausfällt, obwohl die Versorgung mit Medikamenten in der Schweiz national sichergestellt wird?» Die Antwort darauf haben verschiedene Experteninnen und Experten in der KSSG gegeben, und ich habe sie in diesem Votum schon mehrmals gegeben. Doch ich möchte mich an die Adresse der FDP wiederholen: Es ist wohl etwas ungeheuerlich, es gibt keine nationale Zuständigkeit für wichtige Medikamente. Die Pflichtlagerlogik gilt nur für knapp 100 Wirkstoffe und Medikamente. Würde die FDP grössere Sicherheit in der Versorgung insbesondere auch bei den Medikamenten für Kinder wirklich wollen, müsste sie diese Standesinitiative unterstützen.

Die SVP trug nicht unwesentlich dazu bei, dass es zu einer geänderten – und wie ich finde – auch verbesserten PI kam, und überweist sie ebenfalls an die Regierung. Ich habe die Gründe für den Richtungswechsel jetzt noch nicht verstanden. Wir werden sie sicher hören.

Es ist nun an Ihnen, die Verantwortung zu übernehmen, indem Sie für einmal die Verantwortung abgeben. Der Regierungsrat erachtet es als nicht wahrscheinlich, dass die Bundesversammlung der Initiative Folge leisten wird. Vielleicht würde ich dem sogar zustimmen. Doch, ist die Wahrscheinlichkeitsrechnung eine politische Haltung? Wir wissen, Bern braucht das Signal aus einem bevölkerungsreichen Kanton, welcher einer solchen wichtigen Kompetenzverschiebung aus freien Stücken und zum Wohl aller zustimmt. Wir Grünen wollen eine gewisse Versorgungssicherheit, nicht nur mit Kräutern, das auch, sondern auch mit Wirkstoffen und Medikamenten. Wir Grünen wollen auch einen starken Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandort Schweiz und vor allem wollen wir Möglichkeiten schaffen für Kooperation. Abhängigkeiten sind per se nicht schlecht, doch wir wollen unsere Abhängigkeiten gestalten. Bitte unterstützen Sie diese Initiative.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die Vorrednerin, die Sprecherin der Grünen, hat gesagt, dass die SVP einen nicht unwesentlichen Teil zur Verbesserung dieser Standesinitiative oder dieser PI beigetragen hat.

Wir haben ursprünglich die PI, die Standesinitiative, abgelehnt. Wir waren ziemlich alleine hier in diesem Rat. Wir haben es auch gut begründet. In der Kommissionsdebatte haben wir uns aber eingebracht, weil wir wollten, dass es eine gute Lösung gibt. Wir haben auch gesehen, dass ein Problem besteht. Die Versorgungsengpässe sind bekannt. Jetzt kommt es noch darauf an, was wir schlussendlich im Pharmaland Schweiz – wie die Sprecherin der Grünen gesagt hat – machen können.

Die kantonale Gesetzgebung haben wir schon angepasst. Ich erinnere hier an die Gesetzgebung zur Verselbstständigung der Kantonsapothek. Da haben wir eine Anpassung im Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich gemacht. Es braucht jetzt keine Standesinitiative mehr nach Bern. Wir denken, wir haben die Vorkehrungen getroffen, die es dem Kanton ermöglichen, die Vorsorgeleistungen zu machen. Ich denke, wir haben da gut mitgearbeitet, um diese PI jetzt abzulehnen und die Problematik nicht weiter politisch zu bearbeiten. Die Problematik ist beim Bund angekommen. Der Kanton Zürich hat schon Vorleistungen getroffen. Wir haben schon eine Anpassung des Gesundheitsgesetzes gemacht. Insofern ist weder eine weitergehende Tätigkeit noch eine Unterstützung der Minderheit hier angesagt. Die SVP wird die PI nicht unterstützen, das heisst, ablehnen.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Wir haben und hatten durchaus Sympathien für diese geänderte PI. Das Anliegen ist mehr als berechtigt. Die gesamte FDP sieht das so. Die aktuelle Situation bereitet auch uns grosse Sorgen. Wegen der starken Abhängigkeit von einzelnen Ländern und Herstellern ist die Problematik betreffend Lieferengässen und Versorgung auf allen Ebenen seit Jahren bekannt. Auch wird es immer wieder in den Medien thematisiert. Worauf jeweils die Beschwichtigungen und Erklärungen des Bundes folgen. Es ist effektiv stossend, dass trotz diesem Wissen auf Bundesebene nicht gehandelt wird oder – so macht es zumindest den Eindruck – nur schleppend und sehr zögerlich, obwohl immer wieder beteuert wird, dass das Problembewusstsein sehr ausgeprägt und auf allen Ebenen vorhanden sei. Das Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung weist dem Bund die Aufgabe betreffend Sicherstellung des Landes mit lebenswichtigen Gütern klar und deutlich zu. Die Heilmittel werden dabei ausdrücklich genannt; das betrifft Medikamente und Wirkstoffe gleichermassen. In der Stellungnahme des Regierungsrates wird ein Bericht erwähnt, der bis Ende 2022 vorliegen sollte. Deshalb unsere Frage an den Regierungsrat: Gibt es jetzt diesen Bericht und welche Umsetzungsvorschläge enthält er? Auch wäre es sehr interessant zu erfahren, ob ernsthaft wieder daran gearbeitet wird, dass wir, das Land der Pharmaindustrie, etliche Medikamente wieder selber herstellen werden und die Abhängigkeit von anderen Ländern sukzessiv vermindert wird. Wir sprechen hier zum Beispiel von China und Indien. Das versteht auch der letzte Laie nicht.

Dieser Standesinitiative würde wohl dasselbe passieren wie derjenigen des Kantons Aargau. Eigentlich wollte ich hier einen Gruss auf die Tribüne schicken, aber unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Kanton Aargau haben uns leider bereits wieder verlassen (*das Büro des Grossen Rates ist zum Austausch mit der Geschäftsleitung des Kantonsrates zu Besuch*). Also, die Standesinitiative des Kantons Aargau im März und Juni 2022: Stände- und Nationalrat wollten beide jeweils der Standesinitiative mit demselben Inhalt keine Folge leisten. Wir setzen auf unseren Regierungsrat, dass er sich über die Gesundheitsdirektorenkonferenz und andere Kanäle direkt eingibt und die Forderungen nach einer Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten und Wirkstoffen mit Nachdruck aufrechterhält. Es muss jetzt endlich gehandelt werden. Aber mit dieser Standesinitiative kommen wir keinen Schritt weiter. Die FDP lehnt diese PI aus den genannten Gründen ab.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Dieser Vorstoss zeigt die Problematik des schweizerischen Föderalismus wunderbar auf. Das Problembewusstsein ist da. Sogar Herr Habicher von der SVP sagt, es gebe diesbezüglich Probleme. Aber wir haben in diesem Bereich eine starke Regierungsrätin (*Natalie Rickli*), die das Problem in der Konferenz einbringen wird. Da kann das Problem gelöst werden, sozusagen von unten nach oben.

Ich könnte es nicht besser begründen, weshalb jetzt ausnahmsweise einmal eine Standesinitiative Sinn macht, als wie es Jeannette Büsser vorhin getan hat. Sie hat alles aufgelistet. Eigentlich ist es jedem klar, es war auch in der Kommission klar. Sogar Linda Camenisch von der FDP und Frau Doktor Bergsträsser vom Kinderspital (*Eva Bergsträsser, Leiterin Palliative Care*) haben eingeräumt, dass ein Problem vorliegt. Die Politik sollte in der Lage sein, hier Verbesserungen zu schaffen. Aber leider wird das hin und her geschoben. Man sagt, die Kompetenzen liegen beim Bund. Deshalb macht man nichts. Es gebe dort bereits genügend Vorstösse. Dort hat immer noch eine bürgerliche Mehrheit das Sagen, Herr Amrein (*Hans-Peter Amrein*), vergessen Sie das nicht. In Bern sind nicht die Linken am Ruder. Die Linken würden da vermutlich schon Remedur schaffen, wenn sie das Sagen hätten. Es ist für ein Pharmaland wie die Schweiz wirklich enttäuschend, dass wir nicht im Stande sind, die notwendigen Medikamente für den Eigengebrauch selber herzustellen. Den Bauern gibt man einfach ein wenig mehr Subventionen, damit man in der Schweiz noch mehr Fleisch produzieren kann. Aber für Medikamente muss man noch ein bisschen zuwarten. Auch sind wir hier nicht drin zuständig. Ausnahmsweise wird jetzt die SP diese Standesinitiative unterstützen. Uns ist bewusst, dass Standesinitiativen im Prinzip für die Galerie sind und nicht wahnsinnig viel bringen. Deshalb hatte ich auch ein wenig Mühe, dies zu begründen und herzlich zu unterstützen. Wir haben ja National- und Ständeräte, die das am richtigen Ort einbringen könnten. Doch wenn die Leute dort auf stur schalten und nichts in Gang bringen, weil andere Interessen wichtiger sind, dann geht halt nichts. Vielleicht sind es auch wieder pekuniäre Gründe, die hier mitspielen. Dann ist es vielleicht nicht schlecht, wenn der Kanton Zürich einen entsprechenden Vorstoss überweist.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Die Lage um die Medikamentenproduktion und Erhältlichkeit spitzt sich zu und entspannt sich nicht. Diese Beurteilung erstaunt auch nicht. Das Wissen darum und den Willen, sich instituts- oder departementsübergreifend darum zu kümmern, treffen sich jedoch auch nicht. Ja, es ist so. Wie gehen wir das an? Keine Ahnung. Wenig Wille, Schnittstellenprobleme. Wille zur Zusammenarbeit? Gerangel um Handlungskompetenzen und weiteres ist aufgefallen, nicht aber das Bedürfnis, das Problem wirklich anzugehen. Einigkeit herrscht über die schwierige Situation der Medikamentenbeschaffung. Immerhin. Nur, das hilft wenig. Eine grosse namhafte Liste mit eingegebenen Geschäften zu diesem Thema in Bundesbern nützt auch nichts, wenn die Geschäfte nicht auf Kurs sind.

Nichts hat sich seit der vorläufigen Unterstützung in dieser Thematik verändert, nichts, was einen positiv stimmen liesse. Im Gegenteil. Es fehlen immer mehr wichtige Medikamente und nicht weniger. Klar, es ist eine Standesinitiative und solche werden natürlich in Bern nicht gerne gesehen. Auch wir von der GLP wissen das genau, schliesslich ist man am Thema dran. Hier allerdings haben auch schon andere Kantone eine Standesinitiative eingereicht. So scheint ein Negieren doch etwas schwieriger zu sein, als wenn ein aufmüpfiger Kanton allein in Bern mitreden möchte. Alle aufgeführten Argumente und Informationen lösen das eigentliche Problem nicht. Es besteht ein erheblicher Mangel an wichtigen Medikamenten. Darüber sprechen wir heute. In der Schweiz ist sowohl die Herstellung wie die Beschaffung ein grosses Problem. Wir können um den heissen Brei herumreden. Deswegen gibt es nicht mehr Medikamente. Wir haben wirklich ein Problem und sollten das jetzt angehen. Wir sollten vor allem diesbezüglich die Augen nicht verschliessen. Also tun wir das nicht und überweisen diese PI.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Die Pandemie hat die negativen Auswirkungen der Globalisierung gnadenlos aufgedeckt. Die AL ist bekanntlich eine vehemente Globalisierungskritikerin, denn sie führt zu Ausbeutung und Abhängigkeit – mehr noch als die Corona-Pandemie uns gezeigt hat. Sie stellt auch ein Gesundheitsrisiko dar. Die Sicherung der Versorgung mit Medikamenten der Grundversorgung ist brisant, dies nicht erst seit gestern oder seit der Pandemie. Die Liste der Versorgungsengpässe des Bundes bei Medikamenten ist lang; hinzu kommen Engpässe bei Impfstoffen. Ebenfalls müssen Medikamente aus der Pflichtlagerhaltung angezapft werden.

Einige von Ihnen – wir haben es heute schon gehört –, die jüngere Kinder haben, werden diesen Winter – so wie ich – vor dem Problem gestanden haben, dass das fiebersenkende Medikament Algifor in vielen Zürcher Apotheken ausverkauft war. Teils sprangen Apotheken in die Presche und stellten eigene fiebersenkende Mittel für Kinder her. Zu diesem Thema steht die Beantwortung des Regierungsrates der Anfrage KR-Nr. 49/2023 noch aus. Fieber kann je nach Erkrankung auch mit Essigwickeln behandelt werden. Was macht aber jemand, der auf ein Antibiotikum angewiesen ist oder auf ein Epilepsiemedikament? Auch die Abhängigkeit von China in dieser Branche hinterlässt bei uns von der Alternativen Liste ein

äusserst ungutes Gefühl. Dass also Medizinal- und Pharmazieprodukte vermehrt wieder in Europa produziert werden und Rücksicht auf soziale und ökologische Standards genommen wird, sind durchaus ernsthafte und wichtige Forderungen. Nun reden wir aber heute über eine Standesinitiative, die eine Bundesverfassungsänderung des Artikels 102 zum Ziel hat. Die Frage, welche wir schon bei unserer nicht vorläufigen Unterstützung gestellt haben, ist, braucht es diese Verfassungsänderung? Auf kantonaler Ebene haben wir vor einigen Monaten in der Diskussion über die Verselbstständigung der Kantonsapotheke Zürich auch eine gesetzliche Grundlage im Gesundheitsgesetz geschaffen, die klar definiert, welche Rolle der KAZ (*Kantonsapotheke Zürich*) während einer Epidemie zukommt. Auf Bundesebene regelt Artikel 102 der Verfassung, dass in Mangellagen die Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt werden kann, darauf aufbauend haben wir das Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung. Gesetze gibt es, aber sie greifen nicht, wie wir in der Pandemie sehen konnten. Wir können aber hoffen, dass aus den Fehlern der Corona-Zeit Lehren gezogen werden.

Auch auf die Form der Standesinitiative möchte ich zu sprechen kommen. Die Alternative Liste ist bekanntlich keine Verfechterin dieser Form des Vorstosses, obwohl wir als kleine Partei ohne nationale Vertretung dieses Mittel eigentlich dazu nutzen könnten, um uns in Bern Gehör zu verschaffen. Bei Parteien mit Sitz in Bern verstehen wir aber nicht, warum dieser Weg gewählt wird. Es gäbe effizientere. Wir sehen die Dringlichkeit und sind mit der Grundforderung einverstanden. Eine Mehrheit der Fraktion sieht aber den Weg via Standesinitiative als falsch an. Aus diesem Grund unterstützt die Alternative Liste diesen Vorstoss nicht.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Mitte wird diese parlamentarische Initiative ablehnen, so wie sie es mit allen Standesinitiativen tut.

Das Anliegen, das dahintersteht, oder das Problem der Versorgungsnot ist nicht in erster Linie der Föderalismus. Das Problem ist entstanden, wenn Sie genau hingehört haben, weil: Es haben fiebersenkende Mittel gefehlt, es haben Mittel wie Antibiotika gefehlt. Das sind eigentlich alles Medikamente, die günstig sind. Wie Sie wissen, hat man in Bundesbern immer wieder die Generika-Preise gesenkt. Man hat gesagt, es muss noch billiger werden. Algifor bekommen Sie beim Apotheker, weil dort ist die Marge etwas besser. Wenn er Ihnen ein Dafalgan verkauft, bekommt er 2.60 Franken. Und wenn er das am Münsterhof macht, wird er so sicher noch etwas draufzahlen. Das Resultat dieser Tiefpreispolitik war, dass die Produktionen ausgelagert wurden, und zwar nicht nur nach Europa, sondern – wie Sie richtig gehört haben – nach Indien oder China. Also die wichtigen Substanzen werden heute in den Billigländern produziert. Daran sind wir selber schuld. Wer hat denn schon Interesse, auf dem Schweizer Markt einen Hustensirup für Kinder zuzulassen, bei dem er draufzahlt? Er muss den Hustensirup erstens speziell registrieren lassen, muss einen speziellen Zettel drucken und dann kann er nicht einmal einen anständigen Preis verlangen. Und jetzt kommen Sie und sagen, das sei ein Problem des Föderalismus. Nein, das ist ein Problem dieser blinden Sparrerei. Wenn Sie nämlich genau hinsehen: Neue Medikamente, die schwierig in

der Herstellung sind, werden weiterhin in der Schweiz und in Europa produziert, aber die wichtigen, billigen Medikamente stehen nicht mehr zur Verfügung. Wenn Sie also wollen, dass man diese in der Schweiz produziert, müssen Sie es eben machen wie in der Landwirtschaft; dann müssen Sie das aus Steuermitteln finanzieren. Oder Sie sagen, die Krankenkassen finanzieren es, wenn die Preise wieder nach oben gehen. Aber einfach mit ein bisschen das Gesetz ändern, werden wir das Problem nicht lösen.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Unterstützen Sie diese parlamentarische Standesinitiative, denn sie ist nötig. Die Grundversorgung in unserem Land funktioniert nicht mehr; sie funktioniert nicht bei Antibiotika, Josef Widler, sie funktioniert nicht bei HIV-Medikamenten, wo du ja Spezialist bist. Sie funktioniert nicht mehr. Der Kanton Zürich ist nun mal der grösste Kanton in diesem Land und macht 25 Prozent des BIP (*Bruttoinlandprodukt*) aus. Ich behaupte trotz allem, dass wenn der Kanton Zürich eine Standesinitiative einreicht, diese auch gehört und gesehen wird. Dass der Bundesrat hier untätig ist, das ist ein weiteres Mosaiksteinchen bei diesem untätigen Bundesrat. Wenn ich hier im Internet lese, dass Novartis und Sandoz (*Schweizer Pharmakonzerne*) gemeinsam mit der österreichischen Bundesregierung im Juli 2020 bekannt gaben, dass sie mehr als 150 Millionen Euro in die Antibiotika-Produktion in Kundl im Tirol investieren wollen, dann zeigt mir das, dass, wenn man einen Willen hat, man es auch tun kann. In der Schweiz besteht dieser Wille nicht. Er besteht nicht, weil die Lobby sehr gross ist, und zwar die von Josef Widler (*der Angesprochene ist Hausarzt*), oder von seinen Apothekerkollegen. Ja, natürlich ist hier eine Lobby am Werk. Es ist nun mal so, dass die Medikamente in diesem Land x-fach teurer sind und dass wenn ich im Nachbarland ein Medikament hole, kriege ich das sofort über den Tisch. Bei uns muss ich zuerst ein Rezept holen bei Josef Widler, und das auch für Sachen, die wirklich nicht rezeptpflichtig sein sollten. Doch, es ist so. Es ist eine Lobby. Es ist ein ganz grosses Kartell, das hier besteht. Ich unterstütze diese Initiative, denn es kann nicht sein, dass Leute, die darauf angewiesen sind, ihre Medikamente nicht kriegen – ob jetzt die Medikamente zu billig sind oder nicht. Eine Grundversorgung muss bestehen. Der Kanton Zürich soll sich hier in Bern dafür einsetzen. Das bringt etwas.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Herzlichen Dank für die Unterstützung – auch von unerwarteter Seite. Ich möchte mich nochmals wiederholen beispielsweise zum Thema Standesinitiative. Das ist uns auch klar, wir haben das auch nicht gerne. Wir wissen, dass nur 1 Prozent der Standesinitiativen in Bern Wirkung zeigen. Aber in diesem Fall ist es wirklich notwendig. Wir haben zum Glück Grüne in Bern. Aber die Vorstösse, die dort zum Thema gemacht wurden, die habe ich angeschaut. Der Bundesrat lehnt diese mit der Begründung ab, diese Fragen lägen in der Kompetenz der Kantone. Also ist es einfach wichtig, dass irgendeinmal ein grosser Kanton sagt: Bitte, wir wollen diese Kompetenz nicht, weil wir es nicht können. Die SVP sagt jetzt aber, doch, wir können das, die Versorgung mit Medikamenten hier im Kanton. Da bin ich dann mal gespannt,

wie wir das machen oder wie ihr mit welchen Vorschlägen die Versorgungssicherheit hier im Kanton gewährleisten werdet.

Zu Linda Camenisch: Du hast dich gefragt, wann denn der Bericht komme. Der ist im Februar 2022 erschienen. Ich habe ihn vorhin erwähnt. Darin kommen ganz viele Empfehlungen vor. Eine Empfehlung ist eben, dass die Kompetenzen dringend neu geregelt werden müssen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Erlauben Sie mir eine einleitende Bemerkung: Ich nehme wahr, dass das Gesundheitswesen, die Grundversorgung, zunehmend schlechtgeredet wird. So können wir die Probleme auch nicht lösen. Wir haben einen Fachkräftemangel. Wir müssen junge Leute motivieren, in diese wichtigen Berufe einzusteigen, wir müssen sie motivieren zu verbleiben. Aber wenn ich hier zuhöre und höre, was alles schlecht läuft, dann wird uns dies nicht gelingen.

Die Versorgungslage bei Arzneimitteln verschlechtert sich in der Schweiz, aber auch global betrachtet, seit mehreren Jahren. Ein Indikator dafür ist beispielsweise die Anzahl Meldungen über Versorgungsstörungen bei lebenswichtigen Medikamenten, die beim Bundesamt für Landesversorgung eingehen. Davon betroffen sind neben den Spitälern zunehmend auch der ambulante Bereich, wie Hausärztinnen und Hausärzte, oder Apotheken. Die Ursachen für Versorgungsengpässe mit Arzneimitteln können nicht isoliert auf die Schweiz oder einen einzelnen Kanton begrenzt betrachtet werden. Die Pharmaindustrie ist international ausgerichtet. Als Folge der Globalisierung führt der ökonomische Druck zu einer Zentralisierung der Herstellung auf wenige Anbieter und Standorte. Ein Ausfall oder ein Qualitätsproblem in der Herstellungskette hat sofort internationale Auswirkungen. Auch das sogenannte Lean Management in der Lagerbewirtschaftung führt zu geringeren Lagerbeständen am Ende der Versorgungskette. Bereits kleine Engpässe können zu Versorgungsproblemen führen, weil man über weniger Puffer verfügt. Die Situation hat sich in den vergangenen Wochen weiter verschärft, sodass der Bundesrat am 1. Februar 2023 bekanntgab, dass er die Lage im Fachbereich «Heilmittel» als problematisch einstuft.

Mit der vorliegenden Standesinitiative sprechen Sie, Frau Kantonsrätin Büsser, ein völlig berechtigtes, auch hochaktuelles Problem an, das gelöst werden muss. Der Bund ist sich der angespannten Situation bereits seit Längerem bewusst und arbeitet in verschiedenen Gefässen an Massnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation mit Arzneimitteln. Bereits mit der ersten und zweiten Revision des Heilmittelgesetzes am 1. Oktober 2010 respektive 1. Januar 2019 wurden Massnahmen eingeleitet, welche die Handlungsmöglichkeiten der beteiligten Akteure verbessern.

2016 wurden im Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Heim (*Nationalrätin Bea Heim*) betreffend Sicherheit in der Medikamentenversorgung verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, um die Versorgung mit Arzneimitteln langfristig wirkungsvoll zu verbessern. Im Bericht des BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) vom 1. Februar 2022 – ich glaube, das ist derjenige, den Kantonsrätin Camenisch angesprochen hat – betreffend Versorgungsengpässe mit Humanarz-

neimitteln wurden weitere Anliegen von verschiedenen parlamentarischen Vorstössen aufgegriffen und ein Katalog mit weiteren Verbesserungsmaßnahmen präsentiert. Darin wird zum Beispiel vorgeschlagen, vertieft zu prüfen, inwieweit die Ausweitung der Pflichtlagermenge sowie die staatliche Beschaffung und Herstellung von lebenswichtigen Arzneimitteln Linderung verschaffen kann.

Aufgrund der verschärften Lage zeigt sich nun, dass bisher eingeleitete Massnahmen des Bundes noch nicht die gewünschte Wirkung erzielen konnten. Aus diesem Grund hat der Bund vor kurzem eine Taskforce Engpass Medikamente gebildet. In diesem Rahmen werden zusätzliche Sofortmassnahmen evaluiert. Um eine schwere Mangellage bei bestimmten Medikamenten abzuwenden, hat der Bund zudem auch weitere Antibiotika-Produkte aus den Pflichtlagern freigegeben. Die entsprechende Verordnung wurde auf den 1. März 2023 angepasst.

Auch im Kanton Zürich unternehmen wir Verschiedenes, um die Situation zu verbessern. So steht die Gesundheitsdirektion im Austausch mit den betroffenen Akteuren wie der Ärztesgesellschaft, dem Apothekerverband und dem Verband Zürcher Krankenhäuser. Anfang April wird dazu ein runder Tisch stattfinden.

Zur Unterstützung der Leistungserbringer prüfen wir zudem, ob es bei bestimmten Medikamenten möglich ist, anstelle von ganzen Packungen einzelne wenige Tabletten abzugeben.

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass sowohl dem Bund als auch dem Kanton Zürich die Thematik sehr bewusst ist, aber auch verschiedene Massnahmen bereits ergriffen wurden und gewisse Verbesserungen eingeleitet wurden. Eigentlich haben alle von Ihnen gesagt «die Standesinitiative wird eh nichts bringen». Ich glaube, Frau Büsser, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass nur 1 Prozent aller Standesinitiativen Wirkung zeigen. Ich war ja knappe zwölf Jahre im Nationalrat und kann Ihnen das so nur bestätigen. In diesem Sinne müssen Sie entscheiden, ob Sie diese Standesinitiative überweisen wollen oder nicht. Wahrscheinlich wird diese das gleiche Schicksal ereilen, wie die gleichlautende Standesinitiative des Kantons Aargau, welche am 16. März 2022 im letzten Jahr abgelehnt wurde. In diesem Sinne würde ich Ihnen eher beantragen, die Standesinitiative nicht zu unterstützen. Falls Sie sie überweisen, werden der Bund und der Kanton die Arbeiten gleich weiterführen, wie wir es bis jetzt gemacht haben.

Thomas Marthaler (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Also, lieber Sepp Widler, die Mitte war in Bern stärker, früher als CVP; da hatte sie wirklich das Sagen. Aber wenn du sagst, das sei kein Problem des Föderalismus, dann verstehst du irgendwie den ganzen Aufbau scheinbar doch nicht so gut, wie ein Präsident der Ärztesgesellschaft es eigentlich tun müsste. Was mich auch irritiert, ist, die Stände sind ja eben nicht bereit zu ermöglichen, dass ein triviales Medikament wie das fiebersenkende Mittel für Kleinkinder in genügendem Ausmass erhältlich ist in der Schweiz, also nicht irgendwo in Burkina Faso. Diesen Zustand erachte ich als Missstand. Es irritiert mich, wenn ich hier drin höre, dass wir nichts machen können. Die Gesundheitsdirektorin, die zwölf Jahr in Bern gewesen war und die Abläufe kennt, hat das Problembewusstsein vorhin sehr gut beschrieben. Trotzdem kann man nichts machen? Man kommt sich ein bisschen vor wie im Fatalismus,

im Sinne von In schā' Allāh; es passiert, was passiert. (*Heiterkeit*) Aber wir sind hier im Zürcher Kantonsrat. Also, ich bitte Sie. Die Argumente der FDP haben mich nicht wirklich überzeugt, dass man nichts machen dürfe. Auch die AL dürfte sich einen Ruck geben, dann könnte man diese Initiative trotz allem überweisen, weil es ein virulentes Problem ist. Ihre Fraktionskollegin wäre Ihnen dankbar, lieber Herr Bischoff (*Markus Bischoff*).

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Frau Regierungsrätin, wer muss dann diese Standesinitiative in Bern vertreten? Die Frau Regierungsrätin muss diese Standesinitiative in Bern vertreten. Ich erwarte etwas mehr Standhaftigkeit und nicht von Anfang die Haltung: Ja, wenn wir eine Standesinitiative einreichen, dann haben wir sowieso keine Chance. Macht das Frau Regierungsrätin Carmen Walker Späh gleich mit der überwiesenen Standesinitiative betreffend Poststellenschliessung? Entschuldigung, wir dürfen im Kanton Zürich auch etwas mehr Selbstvertrauen haben. Wir dürfen auch etwas offensiver sein und direkt in Bern antreten. Wir müssen nicht immer alles schlucken. Das fängt beim Finanzausgleich an und geht bei solchen Mangellagen weiter. Ich erwarte hier drin etwas Anderes von einer Regierungsrätin. Herr Marthaler hat es bewiesen: Er ist nach England gegangen und wurde Englischer Meister. Wieso kann eine Regierungsrätin nicht in Bern auftreten und fertigbringen, dass diese Standesinitiative überwiesen wird. Überweisen wir diese Standesinitiative zumindest hier in diesem Rat.

Urs Hans (Aufrecht, Turbenthal): Alle warten darauf. Das Raunen im Saal zeigt es. Der Vorstoss von Jeannette Büsser zeigt eigentlich nur eines: Die Schulmedizin ist total abhängig von der Pharmaindustrie. Es wird ja auch gesagt, die Schweiz sei ein Pharmaland. Sie ist nicht nur ein Pharmaland. Doch eben hat Jeannette Büsser die Kräutermedizin lächerlich gemacht. Phytotherapie basiert hauptsächlich auf Kräutern und Pflanzen; das stimmt. Es gibt aber auch Homöopathie und weitere Methoden, die auf ganz verschiedenen Substanzen basieren und sehr schonend heilen.

Auf der einen Seite bekämpft die Pharmaindustrie – zusammen mit deren Lobby in der Politik – mit Vehemenz den Einsatz von Alternativmedizin. Auf der anderen Seite verknappt die Pharmaindustrie künstlich die Produktion, um die Preise zu steigern. Sepp Widler will Subventionen für die Pharmaindustrie, Hans-Peter Amrein will mehr Antibiotika produzieren. Doch ich habe mal gehört, dass wir ein Problem mit den Resistenzen haben. Ist das nicht so? Ich sage, stoppt endlich die Bekämpfung der schonenden Alternativmedizin. Welche extrem schädlichen Medikamente uns aus der Pharmaindustrie präsentiert wurden, beweisen die riesigen Schäden durch die Covid-Spritzen. Also, handeln Sie mal in die richtige Richtung. Danke.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) spricht zum zweiten Mal: Obwohl ich natürlich weiss, dass es eigentlich nicht Usus ist, nach der Regierungsrätin zu sprechen, doch da so viele dies für sich heute in Anspruch nehmen, möchte ich noch

eine kleine Ergänzung direkt an Jeannette Büsser richten: Ich lasse mir hier nicht unterstellen, dass wir uns nicht sehr sorgfältig mit der Materie auseinandersetzen und nicht richtig recherchieren. Natürlich habe ich mich nicht auf den Bericht vom 16. Februar 2020 bezogen, sondern – wie nachher von unserer Gesundheitsdirektorin ausgeführt – auf den Bericht, der Ende 2022 mit Lösungsansätzen und konkreten Umsetzungsvorschlägen vorgelegen hat. Der andere war mir nicht bekannt. Also ich bitte Sie, auch uns gegenüber ein bisschen grosszügiger zu sein. Danke.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Ich erlaube mir hier auch noch ein paar Gedanken zu äussern. Frau Regierungsrätin hat es bereits angesprochen: In der Schweiz und gerade auch im Kanton Zürich verfügen wir über eines der besten Gesundheitssysteme, die es überhaupt weltweit gibt. Ja, es gibt eine Medikamentenknappheit; das ist nichts Neues. Es gibt sie leider schon seit Jahren und sie nimmt leider zu. Das ist ein globales Problem. Wir haben es besprochen, wir müssen versuchen, es anzugehen. Ich möchte aber einfach in Erinnerung rufen – Herr Widler hat es bereits angesprochen –, am Ende des Tages ist es eine Frage des Preises. Wir können hier fordern, so viel wir wollen. Wir können in der Schweiz eine nationale Produktion von Medikamenten fordern. Abgesehen von den Kompetenzproblemen, die wir dann haben, da man das in der Schweiz nicht einfach so umsetzen kann, denn da muss man zuerst die Anlagen und die Leute dazu haben, kostet eine Eigenproduktion erheblich viel, was sich dann bei den Gesundheitskosten und insbesondere bei den Krankenkassenprämien bemerkbar macht. Und dann alle anderen Forderungen, die heute in diesem Saal vielfältig an die Institutionen, ans Universitätsspital, an die Arbeitsbedingungen et cetera, et cetera gestellt wurden, all diese Forderungen, wenn man sie dann wirklich umsetzen will, haben Konsequenzen auf der Preisseite. Herr Widler hat es angesprochen: Wir haben es fertiggebracht, das Gesundheitswesen in den letzten Jahren krank zu sparen. Wir spüren jetzt die Auswirkungen. Diese haben Sie in den letzten paar Wochen immer wieder auch den Zeitungen entnehmen können. Es ist aber so, wir haben nach wie vor eines der besten Gesundheitssysteme. Wir müssen schauen, dass das so bleibt. Das heisst für uns Politiker, wir müssen aufpassen, dass wir das Gesundheitssystem nicht krankreden. Weil, es ist nicht krank. Es hat zwar seine Herausforderung, und diese können wir anpacken. Aber ich möchte Ihnen nochmals in Erinnerung rufen: Wenn Sie Forderungen irgendwelcher Art stellen, dann denken Sie bitte daran, dass das etwas kosten wird.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Kommissionmehrheit hat den Antrag auf Ablehnung der PI gestellt. Dies ist bekanntlich einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Jeannette Büsser gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 82 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Kommissionsantrag zuzustimmen und die parlamentarische Initiative KR-Nr. 172/2020 abzulehnen.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.